

Stadtverwaltung Allendorf (Lumda)

Bahnhofstraße 14

35469 Allendorf (Lumda)

Protokoll der 15. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, den 05.02.2013

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 21:40 Uhr

Ort, Raum: großer Sitzungssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 14

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses, Herr Dr. Jochen Karl, eröffnet die 15. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Ladung und die Tagesordnung ordnungsgemäß zugestellt wurden und der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss mit 6 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

Es erheben sich keine Einwände gegen die Tagesordnung. Sie gilt somit als beschlossen.

Gegen das Protokoll der letzten Sitzung vom 21.01.2013 wurden keine Einwände vorgebracht. Es gilt somit als beschlossen.

Tagesordnung

der 15. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses am 05.02.2013

- TOP 1: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013
hier: Beratung und Beschlussempfehlung
Vorlage: 20/135/2012
- TOP 2: Haushaltssicherungskonzept gemäß § 92 Abs. 4 HGO hier: 7.
Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zum
Haushaltsplan 2013
hier: Beratung und Beschlussempfehlung
Vorlage: 20/136/2012
- TOP 3: Anfragen und Mitteilungen

**TOP 1: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013
hier: Beratung und Beschlussempfehlung
Vorlage: 20/135/2012**

Es besteht Einvernehmen, im Rahmen der Beratung auf den Aufruf der Einzelprodukte zu verzichten und über die vorliegenden Einzelanträge zu beraten und abzustimmen. Hierzu wird der Haushaltsplan mit -satzung zur Beratung und Beschlussempfehlung in folgender Reihenfolge aufgerufen:

- Haushaltssatzung, Gesamtergebnishaushalt und Gesamtfinanzhaushalt
- Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt und Investitionsmaßnahmen
- Haushalts- und Deckungsvermerke (Budgets) mit Teilhaushaltsübersicht
- Stellenplan
- Übersichten
 - über den Stand der Verbindlichkeiten,
 - über den Stand der Rücklagen u. Rückstellungen,
 - über die Verpflichtungsermächtigungen,
 - über die Zuwendungen an die Fraktionen.

Die Anträge bzw. Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushalt werden beim Einzelaufruf der Produkte beraten und ggf. wird eine Einzelabstimmung hierüber gefasst.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Einzeländerungen des Haushaltsplanes 2013:

Produkt 1.1.1.30, Einrichtungen für die gesamte Verwaltung:

Es liegt ein Antrag der BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN-Fraktion vom 28.01.2013 vor. Herr Zuckermann erläutert den Antrag. Herr Rausch verweist auf Nachfrage auf den vorliegenden Vorschlag aus dem Haushaltssicherungskonzept, nachdem zunächst auf die im Grunde nach notwendige Komplettisanierung des Daches verzichtet werden solle. Allerdings befinde man sich in der Prüfung, so dass möglicherweise noch entsprechende Mittel zusätzlich durch einen Nachtragshaushalt bzw. im Rahmen des § 100 HGO (überplanmäßige Aufwendungen) bereitgestellt werden müssen.

Einzelbeschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 50 T€ für die notwendige Dachsanierung zu reduzieren.

Abstimmung:

Ja-Stimmen:	5	FWG/SPD/ BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Nein-Stimmen:	0	
Enthaltung:	1	CDU

Somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Produkt 1.2.6.10, Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes

Es liegt ein Antrag der CDU-Fraktion vom 25.01.2013 vor. Herr Krieb erläutert den Antrag seiner Fraktion und verweist auf die angeforderten und auch zwischenzeitlich zugegangenen Mittelaufstellungen der Jahre 2011 und 2012 der Feuerwehr. Insoweit ist der Antrag auf Beschluss eines Sperrvermerkes gemäß dem vorliegenden Antrag gegenstandslos.

Im Hinblick auf die geführten und auch noch kurzfristig vorgesehenen Beratungen mit der Feuerwehrführung wird auch der Beschluss über die Kürzung des Feuerwehrbudgets zurückgestellt. Herr Wilhelm begrüßt die nun aufgenommenen Gespräche mit der Feuerwehrführung und schlägt vor, die Gesprächsergebnisse zunächst abzuwarten und danach einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Begrüßt wird von allen Fraktionen die Vorlage einer überarbeiteten Mittelanmeldung durch den Stadtbrandinspektor. Herr Käs bittet darum, ihm diese Unterlagen nochmals zukommen zu lassen, da ihm diese wegen technischer Probleme nicht vorliegen.

Einzelbeschluss:

-entfällt-

Produkt 3.6.5.10 Tageseinrichtung für Kinder, Maßnahme 01, Ersatzbeschaffung City-Mobil:

Es liegt ein Antrag der BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN-Fraktion vom 28.01.2013 vor. Herr Zuckermann erläutert den vorliegenden Antrag. Ggf. sollte der Bus lediglich repariert werden. Er verweist auch auf die erweiterte Nutzung als „Bürgerbus“. Herr Käs bittet um die Nachreichung von näheren Informationen zum Modell des „Bürgerbusses“.

Herr 1. Stadtrat Bernbeck sowie Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause machen darauf aufmerksam, dass das City-Mobil bereits 10 Jahre alt ist und ca. 200.000 km Fahrleistung aufweist. Im Hinblick auf die Sicherheit der beförderten Kindergartenkinder sowie die noch anstehenden Reparaturen stellt ein Neufahrzeug die wirtschaftlichste Lösung dar. Es wird gebeten, auf einen Haushaltssperrvermerk zu verzichten.

Einzelbeschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die investiven Auszahlungen für das City-Mobil mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen:	1	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Nein-Stimmen:	4	CDU/FWG/SPD
Enthaltung:	1	BFA-FDP

Somit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Produkt 3.6.5.10 Tageseinrichtung für Kinder, Maßnahme 01, Ausbau der U3-Betreuung:

Es liegt ein Antrag der BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN-Fraktion vom 28.01.2013 auf namentliche Abstimmung vor. Herr Zuckermann erläutert den Antrag der Fraktion. Insbesondere wird auf die gesetzliche Verpflichtung zur Bereitstellung entsprechender Betreuungsplätze verwiesen. Auch stehen derzeit bisher keine institutionellen Betreuungsplätze für „U1- und U2-Kinder“ in Allendorf (Lumda) zur Verfügung.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wird zur Sitzung ein schriftlicher Antrag der BFA/FDP-Fraktion eingebracht, der die Prüfung einer möglichen Kooperation mit der Grund- und Gesamtschule vorsieht. Frau Trenez erklärt für ihre Fraktion, dass das Konzept vorsehe, dass die oberen Grundschulklassen vorzeitig an die Gesamtschule wechseln und dort bisher nicht genutzte Räume nutzen. Gleichzeitig wechseln die Vorschulkinder an die Grundschule. Die frei werdenden Räume könnten dann für die U3-Betreuung genutzt werden. Insgesamt soll ein Gesamtkonzept mit der derzeit bestehenden Nachmittagsbetreuung in der Grundschule erstellt werden.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause sieht einen Bedarf für entsprechende U3-Betreuungsplätze. Allerdings erfordert, unabhängig von einer möglichen gesetzlichen Verpflichtung (Landkreis Gießen als zuständiger Träger), der § 12 der Hessischen Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) die Prüfung und auch die Veranschlagung aller Kosten im Zusammenhang einer Investitionsmaßnahme. Insbesondere die Frage der Finanzierung der nicht durch Zuweisungen und Kindergartenbeiträge gedeckten Folgekosten muss im Rahmen des Kommunalen Schutzschildes hinreichend geklärt sein. Da davon auszugehen ist, dass aufgrund der Erweiterung der U3-Betreuung weitere nicht unerhebliche Kosten auf die Stadt zukommen werden, müssten diese letztendlich durch eine weitere Anhebung der Grundsteuer refinanziert werden!

Es besteht Einvernehmen, entsprechende Konzepte gemäß den Regelungen des § 12 GemHVO bis zur nächsten Sitzung durch den Magistrat erarbeiten zu lassen und danach eine Beschlussempfehlung für die Stadtverordnetenversammlung zu fassen.

Einzelbeschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, 60 T€ als Auszahlungen für Investitionen neu einzustellen.

Abstimmung:

-ohne-

Produkt 3.6.5.10 Tageseinrichtung für Kinder, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Es liegt ein Antrag der BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN-Fraktion vom 28.01.2013 vor. Herr Zuckermann erläutert den Antrag der Fraktion und verweist auf andauernden Wasserschäden im Kindergarten in Allendorf. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause erwidert hierauf, dass sich in der Vergangenheit aufgrund verschiedener Ursachen Wasserschäden gezeigt hatten. Grundsätzlich bestehe das Problem, dass der Gebäudekomplex mehrfach aus- und umgebaut wurde und es so zu entsprechenden Schwierigkeiten in der Vergangenheit kam. Ein Problem war „aufsteigende Nässe“, welche durch die Verlegung entsprechender Drainagen im Erdreich behoben wurde. Als weiteres Problem zeigte sich, dass bei Starkregenereignissen die Dachrinnen teilweise überlastet waren und es zu Wassereintritten durch einen Rückstau kam. Auch dieses Problem wurde durch eine größere Dimensionierung der Dachrinnen zwischenzeitlich behoben. Als weiteres und aktuelles Problem war durch die lang anhaltende Frostperiode ein Fallrohr eingefroren, welches wiederum zu einem Wasserrückstau und dadurch zu einem Wassereintritt in einem Gruppenraum führte. Hier wurde zwischenzeitlich das Fallrohr entsprechend enteist. Um dieses Problem dauerhaft auszuschließen, ist eine Beheizung dieses Rohres vorgesehen, die ein Einfrieren und damit einen Wassereintritt zukünftig ausschließen dürfte. Derzeit schätzt man den aktuellen Schaden auf ca. 2.500 €. Es werde geprüft, ob ein entsprechender Versicherungsschaden vorliegt.

Auf Vorschlag von Frau Trenz und im Einvernehmen mit Herrn Zuckermann sowie des gesamten Ausschusses, wird der Antrag insoweit abgeändert, dass zur Behebung des eingetretenen Wasserschadens im Kindergarten die Mittel für Sach- und Dienstleistungen um 3 T € (vormals 10 T€) anzuheben sind.

Einzelbeschluss:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, zusätzlich zum bisherigen Ansatz 3 T€ für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Sanierung eines Gruppenraumes einzustellen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Produkt 5.3.4.10 Durchführung :

Es liegt ein Antrag der BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN-Fraktion vom 28.01.2013 vor. Herr Zuckermann erläutert den Antrag der Fraktion. Hiernach sind die Standgebühren um pauschal 25 % anzuheben.

Es folgen die Stellungnahmen der Fraktionen.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause bittet darum, gegenwärtig von einer pauschalen Anhebung bzw. einem Beschluss abzusehen. Angesichts der durchaus erheblich unterschiedlichen Ertragslagen der einzelnen Marktbesicker soll unter Beachtung der sonst üblichen Standgebühren im Landkreis ein entsprechender differenzierter Vorschlag zur Neufestsetzung der Standgebühren durch den Magistrat vorgelegt werden.

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag der Bürgermeisterin zu folgen und über die Neufestsetzung der Standgebühren nicht im Rahmen der Haushaltsberatungen zu entscheiden.

Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit –plan 2013 und Anlagen insgesamt:

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen (unter Berücksichtigung der beschlossenen Anträge) für das Haushaltsjahr 2013 zu beschließen.

Er empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Kenntnisnahme der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2016 und das zugrunde liegende Investitionsprogramm gemäß § 101 HGO zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Aufgrund der erfolgten Beratungen sowie der noch nachzureichenden Unterlagen und der dann zu fassenden Beschlüsse, wird keine Gesamtbeschlussempfehlung gefasst.

Es besteht Einvernehmen, diesen Beschluss in einer weiteren Sitzung vor der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 18.02.2013 um 18.30 Uhr zu fassen.

**TOP 2: Haushaltssicherungskonzept gemäß § 92 Abs. 4 HGO hier: 7.
Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zum
Haushaltsplan 2013
hier: Beratung und Beschlussempfehlung
Vorlage: 20/136/2012**

Der Vorsitzende Dr. Jochen Karl stellt das Haushaltssicherungskonzept vor. Er verweist auf die vorgesehenen zusätzlichen Einsparungen beim Feuerwehrbudget. In den Beratungen zum Haushaltsplan wurde einvernehmlich festgestellt, den derzeit laufenden Gesprächen mit der Feuerwehrleitung nicht vorzugreifen und die Ergebnisse der Gespräche zunächst abzuwarten.

Es besteht Einvernehmen, erst nach diesen Gesprächen über den Konsolidierungsbeitrag der Feuerwehr und über das Haushaltssicherungskonzept insgesamt zu entscheiden.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die vorgelegte 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts gemäß § 92 HGO zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

-ohne-

TOP 3: Anfragen und Mitteilungen

Anfragen liegen nicht vor.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause teilt mit, dass die aus dem Ausschuss gewünschten Unterlagen alsbald vorgelegt werden. Im Hinblick darauf, dass die nächste Sitzung bereits am 18.02.2013 terminiert sei, könne dies auch relativ kurzfristig geschehen.

Allendorf (Lumda), den 12.02.13

gez. Dr. Karl

**(Stadtverordneter
Dr. Jochen Karl)
Vorsitzender**

gez. Rausch

**(Leiter der Finanzverwaltung
Jürgen Rausch)
Schriftführer**

Anwesenheitsliste

CDU-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Ulrich Krieb

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :

Herr Stadtverordneter Christian
Zuckermann

FWG-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Reiner Käs

SPD-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Dr. Jochen Karl
Herr Stadtverordneter Apala-Raphael
Omokoko

BFA/FDP-Fraktion :

Frau Stadtverordnete Brunhilde Trenz

Magistrat :

Frau Bürgermeisterin Annette Bergen-
Krause
Herr 1. Stadtrat Ernst Jürgen Bernbeck
Herr Stadtrat Reiner Placzko

Stadtverordnete :

Herr Stadtverordneter Karl Heinrich Imig
Frau Stadtverordnete Katrin Keil
Herr Stadtverordneter Thomas Stein
Herr Stadtverordneter Herbert Walther

Schritfführer/in :

Herr Leiter der Finanzverwaltung Jürgen
Rausch

Fraktionsvorsitzender :

Herr Stadtverordneter Walter Wilhelm

entschuldigt fehlten:

CDU-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Jürgen Schmidt

Magistrat :

Herr Stadtrat Stephan Büker

Herr Stadtrat Herbert Lotz

Herr Stadtrat Udo Schomber

Herr Stadtrat Konrad Stelzenbach

Herr Stadtrat Werner Thielemann

Stadtverordnetenvorsteher :

Herr Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz
Erbach